

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspresse: Einzelnnummer 25 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,50 RM, vierteljährlich 7,50 RM, frei ins Haus.

Verlagsgesellschaft, Nr. 22885  
„Sozialistischer Verlag, c. o. m. b. H.“, Breslau.

Wartungspresse: Die Spalten: Mikrometergröße ober deren Raum 0,00 RM, anwärts 1,00 RM. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Vereine und Besammlungs-Angelegenheiten 0,50 RM. Reklame: Die Reklamengruppe, dreizehngelassen ober deren Raum, hinter Zeit 3. RM.

## Politische Uebersicht.

### Streik gegen den 10 prozentigen Lohnabzug.

Die Bergarbeiter im Mansfelder See- und Gebirgskreis sind Sonnabend vormittag in den Streik getreten; sie wollen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bis die Ausnahmebestimmung im Reichseinkommensteuergesetz, der 10 prozentige Lohnabzug, aufgehoben ist. Wahrscheinlich wird der Streik in Mansfeld auf die umgrenzenden Gebiete übergreifen, so daß zu befürchten steht, daß in den nächsten Tagen der gesamte Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands zum Stillstand kommt. Auch in den anderen industriellen Unternehmungen Mitteldeutschlands macht sich eine sehr starke Bewegung gegen den Steuerabzug bemerkbar. So hat der Betriebsrat des großen Benzinwerkes bei Merseburg, das hauptsächlich Düngemittel herstellt, in einem dringenden Telegramm an das Reichstagspräsidium im Namen der 25tausend-köpfigen Belegschaft die schnelle Aufhebung des Lohnabzuges gefordert, um einen Streik auf diesen für die gesamte Landwirtschaft außerordentlich wichtigen Unternehmungen zu verhindern. Auch in Dettingen bei Aschaffenburg wird wegen des Lohnabzuges gestreikt. Die Ausdehnung des Streiks auf Darmstadt, Hanau und auf andere Orte des dortigen Gebiets steht bevor. Die Bremer Betriebsräte fordern ebenfalls sofortige Aufhebung des Steuerabzuges, widrigenfalls die Arbeiterschaft in den Streik tritt. — Zur Nachahmung empfohlen.

### Zur Revision des Steuerabzuges.

Der vom Reichstag zur Ueberprüfung des Lohnabzuges eingesetzte Ausschuss beschloß in seiner Sitzung am 3. Juli einen Unterausschuss einzusetzen, der die Frage einer Mildereung der jetzigen gesetzlichen Bestimmung prüfen soll. Es wird daran gedacht, den Lohnabzug zwar nicht zu beseitigen, ihn aber doch nicht mehr in einer generellen Höhe von 10 Prozent des Lohnes zu verheben, sondern ihn je nach der Höhe des Einkommens zu staffeln. Der Unterausschuss nimmt seine Arbeiten am 5. Juli auf, so daß zu erwarten steht, daß noch im Laufe dieser Woche eine Revision des Lohnabzugsverfahrens vom Reichstage beschlossen werden kann.

### Militarismus.

Die bürgerliche Heere gegen die Ententeorderung auf Herabsetzung der Heeresstärke auf 100.000 Mann und Entmilitarisierung der Sicherheitswehr hört nicht auf. Dauend werden von der Bürgerpresse aller Richtungen Sägen über das Vorhandensein von drückenden Notizen ausgeteilt, um die Entente zu beiraten, ihre Forderung aufzugeben. — Zwischen schaffen sich die

Großbetriebe (Siemenswerke) eigene Werkpolizeiformationen an. Sie bestehen aus Angehörigen aufgelöster Kreitorps. Die Werkpolizei der Industrie soll zusammen mit den bewaffneten Gutsarbeitern auf dem Lande die Kadres der Gegenrevolution bilden. Sie soll bei Streiks und Lohnkämpfen die Arbeiter niederhalten und darüber hinaus im Zusammenhang mit der eigentlichen Wehrmacht die Zukunftsträume der Militärpartei erfüllen.

### Reichstag.

In der Freitag-Sitzung wurde der Unabhängige Antrag, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszustellen, abgelehnt; selbstverständlich stimmten auch die Rechtssozialisten dagegen. Eine Erklärung der Regierungsparteien, die das Vertrauensvotum erziehen soll, wurde unter Stimmenenthaltung der Rechten angenommen. Die Unabhängigen stimmten natürlich dagegen. Die Abstimmungen waren namentliche. Am Sonnabend wurde der Notetat gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen. Der Antrag der S. P. D. auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wurde dem Ausschuss überwiesen; die alte Verschleppungspolitik.

### Solidarität mit den Mördern.

Die Besprechung der U. S. P.-Interpellation wegen der Ermordung der 15 Arbeiter aus Bad Thal durch die Marburger Studenten wurde im Reichstag nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Genosse Ledebour und der Reichswehrminister Gehring beteiligten, abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Demokraten, stimmten geschlossen gegen die Besprechung. Von den Rechtssozialisten verließ ein Teil der Abgeordneten vor der Abstimmung den Saal und leistete damit der Sabotage der Reichsparteien wissenschaftliche Beihilfe. Die Reichstagsmehrheit hat sich also mit den Mördern solidarisch erklärt.

### Interpellation über das Spitzelwesen.

Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß in Deutschland amtliche Organisationen und außeramtliche Organisationen in engstem Zusammenhang mit amtlichen Stellen stehen, die durch Scharen von Spitzeln Nachrichten über angebliche Pläne innerhalb der radikalen Arbeiterparteien erfinden lassen, die durch solche erfundenen Nachrichten planmäßig große Teile der Arbeiterschaft der Gefahr der Niederwerfung aussetzen, die planmäßig Verbrechen vorbereiten und ausführen und insbesondere die menschenmörderische Beseitigung von Arbeiterführern planmäßig betreiben; ist der Regierung weiter bekannt, daß Polizei- und Gerichtsbehörden unter Verletzung des Gesetzes sich in den Dienst solcher Spitzelorganisationen stellen? Glaubt die Regierung in diesem Treiben ein Ende zu sehen, ist sie willens, es zu tun und mit welchen Mitteln? Die Unabhängige Fraktion hat diese Interpellation mit Unterstützung, wie sie selbstverständlich die Anträge der Kommunisten

unterstützen wird, um deren geschäftsordnungsmäßige Behandlung zu ermöglichen. In dieser Beziehung darf in der U. S. P. kein Raum sein für die kleinlichen, erbärmlichen Methoden der Rechtssozialisten, die bis jetzt immer glaubten, die U. S. P. mundtot machen zu können, indem sie ihre einige Unterschriften zu Anträgen verweigerten.

### Gegen die Militärgerichtsbarkeit.

Den Reichstagsmitgliedern ist ein Schreiben des „Bund Neues Vaterland“ zugegangen, in dem es unter Hinweis auf die früheren Proteste des „Bund Neues Vaterland“, des „Republikanischen Führerbundes“ und des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ sowie auf die Ermordung Hans Paasches und den Freispruch der Marburger Studentemörder heißt:

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammentritt die restlose Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die vorkrieglichen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufgerufen, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist dem Reichstage bereits zugegangen.

### Bernünftig.

Braunschweig. Um Feuersturmwallen vorzubeugen, ließ die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss ein, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüfen und eine erträgliche Höhe festsetzen soll.

### Span.

Die Konferenz hat ihren Anfang genommen.

### Polen.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Lage Polens verschlechtert sich zusehends. Die Zerfallerscheinungen mehren sich. Als letztes Rettungsmittel hat die Regierung einen Obersten Rat zur Verteidigung des Staates gebildet; das ist die unverblühte Militärdiktatur.

Leipzig ist, wie gemeldet wird, bereits in der Hand der Roten Armee. Der Fall Kowno ist bald zu erwarten.

### Die Rückkehr Krassin nach Rußland.

London. Krassin kehrt nach Moskau zurück, um sich mit seiner Regierung zu beraten und über mehrere grundsätzliche Punkte eine Klärung herbeizuführen. Man erwartet, daß er binnen 14 Tagen nach England zurückkehren werde.

## Parteischieber.

### Zur Naturgeschichte der S. P. D.

Bekanntlich macht die Rechtssozialdemokratie unserer Partei den Vorwurf, daß sie aus rein agitatorischen Gründen es abgelehnt habe, einen Teil der Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Man hat im Reichstag unser Genosse Henke ein vertrauliches Schreiben des Parteivorstandes der S. P. D. an die Parteipresse verlesen, aus dem mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß es in Wirklichkeit die Rechtssozialisten gewesen sind, die die ganze Regierungsbildung von vornherein vom Gesichtspunkte des engherzigsten Agitationsbedürfnisses aus angesehen und an ihr mitgewirkt haben. Sie haben die Regierung in der Tat bewußt an Reaktionen verschoben, um der U. S. P., wie sie glaubten, eins auszuweichen zu können. Aus dem von Henke verlesenen Schreiben können wir folgende markante Stellen abdrucken:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Der Parteivorstand.

Berlin SW. 68, den 3. Juni.

Streng vertraulich!

An die Parteipresse.

Werte Genossen!

Wenn wir auch die Entscheidung über die künftige Taktik dem am Sonntag zusammentretenden Parteiausschuss und der künftigen Reichstagsfraktion überlassen wollen, so glauben wir doch der Parteipresse eine Darlegung unserer Auffassung der Lage schuldig zu sein. Wir haben

sie gewonnen in einer Reihe von Erörterungen, die wir mit erfahrenen Parteigenossen, zum Teil auch mit Mitgliedern der Regierung, in dieser schweren Zeit in diesen Tagen gepflogen haben. Wir möchten bitten, daß die Parteipresse gerade in dieser schweren Zeit, die die Verantwortlichkeit für jeden an vorgeschobenem Posten stehenden Parteigenossen aufs höchste steigert, zu einer möglichst einheitlichen Haltung gelangt, die das Selbstbewußtsein der Partei und das Gefühl der Sicherheit, daß uns die Zukunft gehört, wieder spiegelt. Kleinliche Absprecheri und mehr im inneren Kreise zu pflegende Selbstkritik sollte die Haltung unserer Presse in den nächsten Wochen nicht zeigen. Wir sollten überhaupt ruhig Blut bewahren und keine Aufregung erkennen lassen.

Eberts Absicht, im Falle einer Rechtsregierung zurückzutreten, haben wir widersprochen. Wir würden damit eine sehr bedeutsame Position aufgeben und dem künftigen Ministerium freie Bahn gewähren. Das Verbleiben Eberts in der Reichspräsidentenschaft würde dagegen die Abschaffung des Achtstundentages, die Einengung des Koalitionsrechts, die Wiederbelebung der Gesindeordnung und ähnliche Maßnahmen unmöglich machen. Ebert hat sich diesen Erwägungen nicht verschlossen, aber als Bedingung für sein vorläufiges Verbleiben in der Reichspräsidentenschaft aufgestellt, daß durch die Parteipresse den Genossen die Motive seines Verbleibens klargestellt werden sollen.

Ebert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben. Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichs-

verfassung ein Regierungsprogramm aufstellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen. Obgleich die unbedingte Ablehnung des Müllerischen Anerbietens durch die U. S. P. D. vorauszusetzen war, dürfte es sich empfehlen, auf die Verpflichtung der U. S. P. D., als der zweitstärksten Partei des Reichstages, hinzuweisen, einen Teil der Verantwortung durch Mitarbeit an der Regierung und an der Führung des Reichstages zu übernehmen. Eine Kluge und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten vierzehn Tagen kann die Stimmung der Arbeiterschaft sehr günstig für uns und im Falle der Ablehnung der U. S. P. D. in die Regierung zu gehen, nachher sehr ungünstig für die U. S. P. D. beeinflussen.

Scheidet die Möglichkeit einer Regierung aus S. P. D., U. S. P. D., D. D. P. aus, so wird Ebert die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich berufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei mit aller Entschiedenheit aufgenommen werden. Vermutlich werden die Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei Ebert erklären, daß auch sie ohne die S. P. D. keine tragfähige Regierung zustande bringen werden.

Aber im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum, von einigen Grüppchen abgesehen, zum Eintritt in die Rechtskoalition bereit sein wird und daß die Deutsche Demo-



Das Exekutivkomitee bittet dringend, daß alle Parteien außer ihren Konnexdelegierten auch permanente Vertreter der betreffenden Parteivorstände ernennen, damit die dazu ausgewählten Delegierten instande sind, längere Zeit in Rußland zu bleiben.

In dem Einladungsmanifest heißt es: „Das schnelle Wachstum der kommunistischen Ideen in der ganzen Welt macht es notwendig, diesen Kongreß zusammenzurufen, der eine entschiedene und klare Antwort auf alle diejenigen Fragen geben soll, die auf die Tagesordnung gestellt worden sind und die Richtlinien der proletarischen und kommunistischen Revolution zu bestimmen hat.“

Die von der Exekutive vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Exekutivkomitees.
2. Berichte der Delegierten.
3. Revolutionäre Situation und Ziele der 3. Internationale.
4. Parlamentarismus.
5. Gewerkschaften und Betriebsräte.
6. Rolle und Struktur der kommunistischen Partei vor und nach der Machtergreifung durch das Proletariat.
7. Nationale und koloniale Fragen.
8. Landfrage.
9. Allgemeine Haltung bezüglich der neuen Parteien, die die kommunistische Plattform und die Bedingungen ihres Anschlusses an die Dritte Internationale annehmen.
10. Statut der 3. Internationale.
11. Fragen der Organisation.
12. Wahlen.

## Republik Deutschland

### Die Zahl der Erwerbslosen.

Auch bis zum 15. Juni ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wiederum gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen am 15. Juni 221.123, der weiblichen Erwerbslosen 67.935, insgesamt also 289.058. Damit ist die niedrigste Ziffer, die bisher erreicht worden ist, die Ziffer vom 1. Juni d. J., die 271.951 betrug, um rund 17.900 über-  
schritten. Die erneute Steigerung beträgt also etwa 6%. Zu den eigentlichen Erwerbslosen treten 271.146 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl entspricht etwa dem Stande, den die Erwerbslosigkeit am 1. Mai d. J. erreicht hatte. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Erwerbslosenziffer weiter in die Höhe schnellen wird. Das Ende der Wirtschaftskrise ist noch nicht abzusehen, sie verschärft sich im Gegenteil fort von Tag zu Tag. Der deutschen Arbeiterschaft stehen also noch trübere Tage bevor, als sie sie bisher schon erleben mußte.

### Lebensmittelkrawalle und Judenhetze.

Bei den Bremer Lebensmittelkrawallen haben auch die Antisemiten eine über eine starke Ortsgruppe des „Deutschnationalen Schutts- und Trutzbundes“ verfügende, eine „rührige“ Rolle gespielt. Auf dem Marktplatz und bei den Menschenansammlungen vor den Geschäften der Stadt sah man bessergekleidete Herren wie Wiesel hin- und herlaufen. Sie beteiligten sich lebhaft an den Debatten und forderten teilweise ganz unverblümt dazu auf, die großen jüdischen Warenhäuser von Karstadt, Heymann und Neumann, Hamburger usw. zu stürmen, denn „wir hätten ja noch garnichts abbekommen“. Man hörte von den Geschäftigen und bessergekleideten Herren Ausrufungen: „Die verdammten Händler und Juden sind Schurken, daß alles so teuer ist.“ Andere ließen Worte fallen wie: „Man müßte sie alle aufhängen!“ „In den Warenhäusern da liegt alles aufgestapelt bei den verdammten Juden.“ In der Bremer Hauptstraße vor einem jüdischen Kaufhause unterhielten sich zwei Herren: Der Eine: „Wenn die Juden nicht wären, dann hätten wir alles in Hülle und Fülle.“ Der Andere: „Man müßte sie einräuchern!“ Als einer unserer Genossen auf der Straße über die Schmutzigen an den Unruhen sprach, fiel ihm ein solcher Antisemite in die Rede: „Sehr richtig, auch die Regierung hat Schuld, die Lebensmittelkommissionen bestehen zum Teil aus Juden, die müssen verantwortlich gemacht werden.“ Man sieht, daß neben Spießel sich auch die Judenhetze für ihre dunklen Ziele Unruhen zuzunutzen machen, obgleich sie immer vorgeben, „gleiches Recht für alle“ erwirken zu wollen.

### Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte.

Nicht ohne Absicht wählen wir die sonderbare Ueberschrift, unter der eine ganz kleine Notiz des „Berliner Tageblatts“ folgendes über das neue, oben erwähnte Adressbuch sagt:

Der neue Band ist ungefähr um 300 Seiten härter als seine Vorgänger und enthält rund 3000 Namen mehr als die früheren Ausgaben, was in erster Reihe darauf zurückzuführen sein dürfte, daß bei sehr vielen Aktiengesellschaften große Kapitalerhöhungen und Geschäftserweiterungen stattgefunden haben, die mit einer Verstärkung der Verwaltungskörper verbunden waren. ...

Die Zusammenhänge! Überall Hungerrevolten, überall Niedergang der Wirtschaft. — Auf der anderen Seite Kapitalerhöhung, Geschäftserweiterungen, mehr Direktoren, mehr Aufsichtsräte, mehr Klubsessel. ... — Wollen wir noch mehr Beweise, wie „sozialisierend“ die Revolution gewirkt, noch mehr Belege dafür, wie auch am äußersten Ende der Arbeiterschaft der Kapitalismus erstarrt ist? — An allen Ecken und Enden finden wir bestätigt und doch gibt es noch Arbeiter, die nicht begreifen, was wet tut!

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Berliner Bankbilanzen.

Von Bruno Mich.

(Fortsetzung.)

Aus den Geschäftsberichten und den Abschlußzahlen der Unternehmen läßt sich dieses Ergebnis allerdings nicht in vollem Umfange erkennen und es ist sicher, daß die ausgewiesenen Rohgewinne zumeist einen sehr großen Teil der tatsächlichen Erträge unberücksichtigt lassen, daß in dieser Form wesentliche innere Reserven geschaffen worden sind, je nach den Gesichtspunkten, unter denen die Leitungen den Abschluß zu gestalten suchten. Es ist auch sicher, daß in einer Zeit derartiger volkswirtschaftlicher Unruhe die Notwendigkeit einer vorsichtigen Bilanzierung besteht und daß es bei der Größe der Bankverpflichtungen, die in gar keinem Verhältnis zu ihrem Eigenkapital mehr steht, als geboten erscheint, die innere Kraft der Institute zu stärken.

Die Höhe der nicht in Erscheinung tretenden Gewinne muß man aber im Auge behalten, wenn man sich die Summe der Unkosten betrachtet und dabei das übliche Klagebild über die ständigen Steigerungen der Angestelltengehälter usw. liest. Da muß doch mit der notwendigen Klarheit zum Ausdruck gebracht werden, daß ganz bestimmt die Erhöhung der Geschäftserträge weit bedeutender ist, als die Vermehrung der Geschäftsstellen und daß bei Instituten, deren Unkostenetat hauptsächlich auf Gehaltsausgaben basiert, die keine erhöhten Rohmaterialpreise wie die Industrie zu kalkulieren haben, eigentlich der prozentuale Anteil der Gehaltskosten viel stärker steigen müßte, als es selbst bei den vorgelegten Bilanzen zum Ausdruck kommt. Unkosten und Steuern sind bei der Deutschen Bank um etwa 5 Proz., bei der Darmstädter Bank um 2 1/2 Proz., bei der Dresdner Bank um fast 9 Proz., bei der Handelsbank ebenfalls um 9 Proz. gegen das Jahr 1918 gestiegen, dagegen zeigt sich bei der Nationalbank sogar eine Verringerung um 1 Proz., bei der Disconto-Gesellschaft um 1 1/2 Proz. Die wichtigsten Großbanken haben insgesamt zwischen 55 und 65 Proz. des Rohgewinnes, die Darmstädter Bank und die Mitteldeutsche Creditbank über 70 Proz., dagegen die Handelsbank nur 40 Proz. an Speise und Steuern ausgewiesen, so daß auch der bilanzmäßige Reingewinn eine sehr beträchtliche Höhe erreicht hat. In den Dividendensteigerungen kommt dieses günstigere Ergebnis in einer Erhöhung um 2 Proz. bei der „Dresdner Bank, der Darmstädter Bank, der Berliner Handelsbank, der Commerz- und Discontobank und der Nationalbank“ zum Ausdruck, während die Disconto-Gesellschaft und die Mitteldeutsche Creditbank nur 1 Proz. mehr ausschütten, die „Deutsche Bank“ bei der vorjährigen Dividende von 12 Proz. bleibt und einen besonders hohen Betrag auf neue Rechnung vorträgt.

Kapitalerhöhungen sind bei Gelegenheit des Abschlusses von der Darmstädter Bank um 60 Millionen auf 220 Millionen Mark, von der Commerz- und Discontobank von 85 auf 200 Millionen Mark vorgeschlagen worden. Diese Vermehrung des Aktienkapitals schafft natürlich bei keinem der Institute ein wesentlich anderes Verhältnis zwischen Geschäftsumfang und Eigenkapital, sondern dient den von allen Großbanken betriebenen Zwecken einer immer weitergehenden Fusion. Der Verschmelzungsprozeß innerhalb des Bankgewerbes macht außerordentlich rasche Fortschritte und führt zur Zusammenhaltung immer größerer Bankunternehmen, die einen kaum überschaubaren Einfluß auf die verschiedensten Gebiete der deutschen Wirtschaft ausüben und der maßgebende Faktor innerhalb der Großindustrie und des Handels werden, besonders wenn mit der Einziehung der Steuern und der weiteren Entwicklung unserer Produktion die tatsächliche Armut des Landes denklicher zum Ausdruck kommen wird. (Schluß folgt.)

### Die teuren Arzneimittel.

In der Münchener medizinischen Wochenschrift macht Professor Stursberg auf die außerordentliche Verteuerung der Arzneimittel aufmerksam. Er schreibt:

„Wenn man die Steigerung der Arzneimittelpreise bis vor einiger Zeit im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung als etwas Unvermeidliches hinnahm, so hat sie jetzt doch allmählich eine Höhe erreicht, die über jedes Maß hinausgeht und eine Gefahr für die sachgemäße Behandlung zahlreicher Kranker bedeutet. Die Preise sind jetzt derartig, daß sie trotz größter Sparsamkeit in der Verordnung vom Mittelstand — ganz zu schweigen von kleinen, nicht mehr arbeitsfähigen Rentnern, Witwen usw. — nicht gezahlt werden können und daß sie auch für den Haushalt der Krankenkassen eine ernste Gefahr bilden. Unerträglich ist es, wenn wichtige und kaum zu entbehrende Mittel Preissteigerungen erfahren, wie das tatsächlich für Morphium, Kodein, Skofain usw. der Fall ist. Ich führe nur ein Beispiel an: Eine Lösung von phosphoräurem Kodein, 0,6:20,0 mußte von einem meiner Kranken in den letzten Tagen mit 22,40 Mk. bezahlt werden, d. h. mit anderen Worten, die übliche, meist etwa dreimal täglich zu wiederholende Gabe stellt sich auf 1,12 Mk.! Wenn man bedenkt, daß Kodein ein Mittel ist, das gerade bei chronischen Erkrankungen, besonders der Lungen, oft längere Zeit hindurch benutzt werden muß, so wird man mir recht geben, wenn ich die jetzigen Preise als unerträglich bezeichne. Es kann auch nicht überraschen, daß Kranke sich vor der Bestellung eines Arzneimittels in der Apotheke nach dem Preise erkundigen und — sicher oft schweren Herzens! — auf die Anwendung der Arznei verzichten, wenn der Preis ihre Mittel übersteigt.“

### Massenentlassungen bei Goerz.

Die Optische Anstalt C. P. Goerz in Berlin-Friedenau, die im Krieg ungeheuer verdient hat, hat am 3. Juli ihren Betrieb vollständig geschlossen. Der Arbeiterchaft ist bis auf wenige Ausnahmen für diesen Tag gelündigt worden. Die technischen Angestellten werden davon mit 40 Proz. betraffen.

So schließt ein Betrieb nach dem andern. Von einem Vorgehen der Betriebsräte und der Gewerkschaften gegen die Sabotage der Produktion durch die Unternehmer ist nichts zu spüren. Das Meer der Arbeitslosen schwillt ins Unermessliche, während die Unternehmer ihre ungeheuren Kriegsgewinne in Sicherheit bringen. Wann werden die Proletarier sich gegen ihre Not und ihr Elend auflehnen und mit der Kontrolle und Uebernahme der Produktion der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ein Ende machen?

### Sorgen der valutastarken Länder.

Die Abhängigkeiten haben sich für die Länder besonders brennend gestaltet, die über eine vollwertige Valuta verfügen, deren Erzeugnisse sich daher für die anderen Länder außerordentlich teuer stellen. Die Schweiz, Skandinavien und Holland leiden schwer unter diesen Zuständen und stehen vor der Gefahr, an Uebererzeugung zugrunde zu gehen. Sie können ihre Waren auf dem Kontinent, auf dessen Ränfe diese Gebiete in starkem Maße angewiesen sind, nicht absetzen, weil niemand in der Lage ist, die Differenz zwischen ihrer Währung und der deutschen, österreichischen, ungarischen usw. zu bezahlen.

Der Einfuhrüberschuß Hollands beträgt z. B. für das erste Quartal 1920 360 Mill. Gulden. Die Waren liegen zumeist in den Magazinen, ein Absatz ist zurzeit kaum möglich.

## Aus der Provinz.

### Im Waldenburger Revier

sind die Bergarbeiter in passive Resistenz getreten, weil die von ihnen verlangte Entfernung von 25 kompromittierten Beamten (Direktoren, Betriebsführer, Sekretäre, Steiger und Aufseher) noch nicht durchgeführt worden ist.

## Totales.

Breslau, den 6. Juli.

### Zum Arztstreik.

Der vertraglose Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen wurde am 5. Juli aufgehoben.

### Der Magistrat und die Breslauer Arbeiterschaft.

Bergangenem Sonnabend hatten im Auftrage ihrer Organisationsmitglieder des Poljuzrates der politischen Arbeiterräte, Breslau, und des Ortsrats der U. S. P. eine Unterredung mit dem städtischen Lebensmittel-Dezernenten, Stadtrat Dr. Fuchs, über die sofortige Herabsetzung der Lebensmittel- und sonstigen Warenpreise. (Da die beiden Bürgermeister der Stadt nicht zu sprechen waren [angeblich waren sie auswärts], sah sich die Deputation gezwungen, mit Stadtrat Dr. Fuchs zu konferieren). Unsere Genossen machten den Herrn darauf aufmerksam, daß auch in Breslau die Gefahr von Marktkrawallen bestände, die in der Hauptsache von Provokateuren aus reaktionärem Lager injiziert werden, um der Entente die Notwendigkeit der Beibehaltung des 200000 Mann starken Heeres zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ zu beweisen, und um den Belagerungszustand zu erzwingen. Das Volk (auch der sogenannte Mittelstand) ist aber zu Lebensmittelkrawallen umso eher geneigt, als die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsmittel wahnsinnig hoch, für die breiten Massen unerträglich sind, während das Schiebertum blüht und die Wöllerei auf Seiten der Befehlshaber nicht aufhört. Die Deputation verlangte schließlich die sofortige Herabsetzung der Preise für alle Lebensmittel und sonstigen Waren um 30%. Die Produzenten und Händler haben bis jetzt so viel verdient, daß sie für eine kurze Zeit ruhig mal einen kleinen Verlust in Kauf nehmen können. In einigen Städten des Reiches ist bereits die Preisherabsetzung derartig vorgenommen worden. Der Stadtrat Fuchs hatte aber für die ganze Sache auch nicht das geringste Verständnis. Er meinte, in Breslau seien die Preise erfreulich niedrig(?), Bücher sei ein Schlagwort(!), der Vortrag der Deputation bestähe nur aus Phrasen, und als er schließlich in geradezu lächerlicher Weise persönlich wurde, brach die Deputation die Konferenz kurzerhand ab. Für den Stadtrat Dr. Fuchs weist also die in Breslau bestehende Preissituation ein glänzendes Bild auf. Bücher ist ein Schlagwort und anderswo

In den Kapp-Tagen wurde unser Bundesbruder

## Bernhard Schottlaender

in grauenhafter Weise hingemordet.

Er kannte sein Schicksal und wusste schon Monate vorher, dass reaktionäre Offiziere darauf ausgingen, ihn anlässlich eines Putsches zu beseitigen.

Unbeirrt blieb er auf seinem Posten und ging, seiner reinen Ueberzeugung tren, mit ruhiger Grösse in den Tod.

Ein Sohn des jüdischen Volkes, das seit Jahrtausenden der brutalen Gewalt das Bekenntnis zu seinem Glauben und zu seiner Sendung entgegenstellt.

Wer menschlich empfindet, wird mit uns trauern.

Breslau, im Juli 1920.

Die Verbindung jüd. Studenten im K. J. V. Hacheruth

I. A.: Dr. Cohn-Vossen.

Die Preise noch höher. Das wird garnicht bestritten, aber anderswo sind auch die Löhne höher, so daß das Verhältnis schließlich daselbe sein wird. Glauben aber auch die hiesigen Proletarier und Proletarierfrauen, daß das Preisbild längend ist? Sind sie auch der Meinung, Wucher sei nur ein Schlagwort? Das Breslauer Proletariat wird jedenfalls nicht veräumen, bei Gelegenheit, die bald da sein wird, dem Magistrat im allgemeinen und Herrn Stadtrat Dr. Fuchs im besonderen seine Meinung über das hiesige Preisbild kundzutun. Der Stadtrat Dr. Fuchs hat sich als Interessenvertreter erster Güte der Produzenten und Händler erwiesen, die Konsumenten sind ihm anscheinend Wurst. Das Klassenbewußte Proletariat weiß natürlich ganz genau, daß die natürliche, andauernde Preisentung nur durch Aenderung des ganzen Wirtschaftssystems möglich ist. (Produktionskontrolle, Sozialisierung) Aber gegen die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus wird es jedoch sofort Front machen.

### Eine unverfälschte Freiheit!

Den verschiedenen Genossen wird mitgeteilt, daß von Seiten sogenannter „Kommunisten“ in einer Versammlung die Behauptung aufgestellt worden ist, daß Genosse Stiegler und ich selbst Keirischen allein gepachtet hätten und was ähnlicher Unjat mehr ist.

Einem denkenden Menschen ist es ohne weiteres klar, daß ich, der ich den ganzen Tag und den größten Teil der Nacht im Dienste der Arbeiterbewegung stehe, unmöglich die Zeit haben kann, mich auch noch um Küchenpachtungen zu kümmern. Wer ferner meine eigene finanzielle Lage kennt, wird begreifen können, wenn ich sage, daß es geradezu spasshaft ist, daß ich, der ich kaum das Nötige zum Leben habe, auch noch Geld haben sollte, Küchenalleen zu pachten. Ich wünschte jedenfalls, dazu in der Lage zu sein — als Parteisekretär werde ich aber wohl niemals dazu kommen.

Wie gesagt: ich komme nur über die bodenlose Dummheit von Reaktionen, die sich einen Unjat glauben können. Ich würde persönlich wohl kaum dazu Stellung genommen haben, wenn ich nicht wüßte, daß es innerhalb der Breslauer R. P. D., genau wie in jeder anderen Partei, Dursch e z gibt, denen keine Gemeinheit zu niedrig, keine An-

schuldbigung schuldig genug ist, wenn es sich darum handelt, einen un-  
bequemen politischen Gegner zu bekämpfen.

Diese Kreise sind allerdings moralisch so zu bewerten, daß man getrost behaupten kann, daß sie einen anständigen Menschen nicht beleidigen können.

Selbstredend sind die führenden Genossen jener Partei un-  
teilig an denartigen Pöbelereien verkommenen Subjekte — es ist aber im Interesse des Anstandes notwendig, daß die Führer derartigen Unverschämtheiten energisch entgegenreten. **Mag G r u s c h w i p.**

### 6000 arbeitslose Schneider

sind, wie in der Versammlung der selbständigen Schneider im Wingenhans am Donnerstag mitgeteilt wurde, in Breslau vorhanden und diese Zahl wird sich in Kürze noch erhöhen.

### 16846 Wohnungen

fehlen jetzt in Breslau. In der Konzerthaus-Versammlung der Bauarbeiter, Mieter, Siedler und Kleingärtner am Donnerstag wurde diese furchtbare Tatsache vom Referenten mitgeteilt. Dezember 1919 fehlten bereits 5000 Wohnungen und jetzt sind es 16846. 18,97% aller Wohnungen in Breslau liegen in der 4. Etage. Breslau steht in Bezug auf die Menge der gesundheitsgefährlichen Mietkasernen an zweiter Stelle.

### Skandal.

Wir berichten neulich, daß Arbeiter in verschiedenen Großbetrieben gemahregelt worden sind, weil sie sich an der Trauer-Demonstration für Schottlaender am Montag vor einer Woche beteiligt haben. Jetzt erfahren wir, daß der hiesige Industriellenverband beschlossen hat, allen Arbeitern, die am Montag demonstrierten, die bereits mitgeteilte Strafe (drei Tage Aussperrung) aufzulegen und zwar soll die Verbüßung bis zum 10. d. Mts. erledigt sein. — Wir fragen noch einmal: Wird sich die hiesige Arbeiterschaft diese infame Unternehmerfrechheit wirklich so jaug- und kluglos gefallen lassen?

### Natürlich!

Die hiesige Handelskammer hat den Reichskanzler antelegraphiert, unbedingt darauf zu bestehen, daß bei der bevorstehenden Konferenz in Spa die von den Alliierten geforderte Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann, sowie die Auflösung der Sicherheitswehr, verhindert wird. Die vorhandenen Formationsreihen, wie die Erfahrungen in den verschiedenen Landbestellen immer wieder zeigen, jetzt schon nicht aus, um die für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderliche staatliche Ordnung sicherzustellen. Eine weitere Verminderung der Heeresstärke oder die Auflösung der Sicherheitswehr, die durch die sogenannte Ordnungspolizei nicht erreicht werden kann, würde das Wirtschaftsleben des zur Fortführung der Produktion unentbehrlichen Schutzes berauben.

Es ist ganz natürlich, daß die Handelskammer, als Institut der Ausbeuter, nach Erhaltung der Formationen strebt, die bis jetzt als Hüter des Kapitalismus gegen das Proletariat kämpften. In der übrigen Fabrikation der Produktion niemand mehr als die Unternehmer selbst, die bekanntlich die Betriebe des zurückgegangenen Profits wegen schließen und ganze Fabriken ins Ausland verschieben. — Auch die hiesigen Studenten (als Offiziere in Zivil) und die Landwirtschaftskammer haben gegen die Entente-Forderung „flammenbe-  
tröte“ eingeleitet und verlangen im Interesse des „Vaterlandes“ die Ablehnung der Forderung.

### Ausdehnung der Firma C. Lewin.

Zeitungsmeldung. Die Firma C. Lewin in Breslau hat die mechanische Schuhfabrik von R. Dorndorf in Breslau-Pöpelwitz käuflich erworben, und beabsichtigt, deren Betrieb fortzuführen.

**Achtung! Distrikt 10, Pöpelwitzstraße 31.** Donnerstag, den 8. Juli 1920. Referat über: „Das neue Steuergesetz.“ Referent A. M.

Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Absetzung in den Eifenkäfen, Friedrich-Wilhelm-Strasse.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Kubastki; für die Inserate Fritz Albricht; Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadtheater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Maskerade**  
Soubrite in 4 Akten von  
Ludwig Fuada.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Maskerade.**

**Johanne-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Pygmalion.**

**Chalia-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der junge Zar.**

**Schauspielhaus.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Soubrite, Soubrite und  
Comique 7 1/2 Uhr:  
**Die Schalken von Aken**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Das Dreimäderlhaus.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Zum 25. Male:  
**Die Schalken von Aken.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Comique nachm. 5 1/2 Uhr:  
**Die Kaiserin.**

**Viktoria-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**„Heirate deine Frau“**

**Figaro-Theater**  
Bischofstraße 45  
Fernsp. Obis 1769.  
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:  
**Clara Fröhlich und  
Gustav Birkholz**  
Kom. Friedel Schöngalla,  
Hans von Bergh, Max Scholtz,  
Charlotte Klein,  
Mary Probst,  
Wera Männer,  
Schwindslein  
von Walter W. Götz

**LIEBICH-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Spiel des Meeres**  
Operetten-Theaters  
Berlin  
**Die Dame vom Zirkus**  
Operette von  
Kraus und Bachelder,  
Musik von Winterberg.

**Granatwaren**  
Schiffplatz, Marktbrunnen,  
Spezialgeschäft für  
Damenwäsche  
**H. Klöse,**  
Dankes 1, Marktbrunnen 23,  
2. Stock über Kasse

**W. K.**  
38. Matthiasstrasse 38.  
und Kolltstrasse 9.  
Strassenbahnlinien 2, 7, 8.

**Nur bis Donnerstag**  
Ein  
**Monumental-Dauer-**  
Programm,  
wie es noch nirgends  
gezeigt wurde.  
Täglich nur 2 Vorstellungen  
pünktl. 4 Uhr u. 7 Uhr:

**Nero**  
der Grausame  
8 Akte.  
Ferner:

**Sohn der Magd**  
Ein Drama aus dem  
Volke, 6 Akte.  
Außerdem:

**Asiatische Liebe**  
Ein tibetanisches  
Abenteuer, 5 Akte.

**Zeltgarten**  
Dir. Hans Krsinsik  
im herrl. Garten.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Ab 1. 7. 20.**  
das neue  
**Schlager-**  
Programm!

**Ober-Bayern**  
Gartenstr. 68  
Anfang  
**Neue Kasse**  
6 Uhr  
Täglich Konzert  
Dezzer-Streich-  
Orchester  
Dir. P. Schütz

**ZEPTER-KINO**  
Klosterstr. 47  
Hand von Bankerwino  
2. Teil  
Starkeck Roman geg.  
Bewältigung. Statistiken  
Kinder, die nie den  
Vater kennen.  
Von Sumpf zur Höhe

**W. K.**  
Heinrichstr. 21/23.  
Garten, Eing. Kolltstr. 8.

**Gleiches Blut**  
Ein Liebesdrama von  
erschütternder Tragik  
in 4 Akten.

**Verklebte Liebe**  
Lustspiel in 2 Akten  
mit Heidi und Isany.

**Wer uns getraut**  
2 pikante Akte.

**Die schwarze Marion**  
in 4 Akten.  
Max Landa  
in dem großen Detektivstück

**Die Maske**  
in 5 Akten.  
Das Typo-Tage-Lustspiel  
**Die Kodelindianer**  
in 3 Akten.

**Eden Theater**  
Lustspiele  
in höchster Vorkundung.  
Nikolaistrasse 27.  
Freitag, Donnerstag:  
**Stuart Webbs**  
**Die Pagode**  
Groß Detektivroman  
in 5 Akten.  
**Eva's Heim**  
großer Lustspiel-  
schlager mit  
Lotte Neumann

**Achtung! Wo?**  
kann man sein und geht  
nicht weiter ganz. Ein-  
richtungen an öffentlichen  
und verkehrsmitteln?  
**Bei H. Kluge,**  
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

**Helft**  
den vertriebenen  
**Auslandsdeutschen**  
und unterstützt nach besten Kräften die durch die  
Organisation der Breslauer Schwabenschaft vom  
1.-15. Juli d. 20. durchgeführte Hausfrauenausstellung  
**Provincial-Ausstellung der Rückwandererhilfe**  
G. S. Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Strasse 5/7

**Büste**  
Wundervolle,  
leichte,  
durch seine abgewinkelten  
Büstenpräparate  
von Mk. 7.— und Mk. 9.—  
beid. zusammen Mk. 16.—  
Ferner empfehle bei  
**Periclen-**  
**störung**  
u. Unregelmäßigkeiten  
mein altherb. Präpar. Viele  
freiwill. Dankeschreiben. Preis  
Mk. 13.— und Mk. 19.—  
Katalog 60 Pf. in Marken.  
**Fr. Barthel** Breslau 71/2  
Schwabenstr. 67/1

**Uhren** kauft od. repariert  
Felix, Paradiesstr. 6  
**Genetelherkabe**  
preiwerter zu verkaufen  
**Kopke, Osm. Nr. 2**  
hab. in der Söl. „Arb.-Ztg.“  
größten Erfolg.

**Generalsversammlung.**  
Dienstag, den 13. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr  
in den Eifenkäfen, Friedr.-Wilhelm-Str. 32  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Bericht des Aufsichtsrates.  
3. Vorlegung und Genehmigung der Bil-  
4. Entlassung des Vorstandes.  
5. Vorwahlen.  
6. Aufsichtsratswahlen.  
7. Verschiedenes.  
Breslau, den 3. Juli 1920.  
**Sozialistischer Verlag**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung,  
E. Kunik, Max Eckert.

**Gebr. Meister**  
Albrechtsstrasse 40  
Bekleidungshaus  
für  
**Herren u. Knaben**  
zur eigene Fabrikation.  
**Wäsche-System**  
Starke 100 Part  
u. and. Wäsche-Systeme  
kauft  
**Max Hadamek,**  
Humboldtstr. 9, 3

**Achtung! Genossinnen und Genossen**  
Distrikt 9, 9a und 12 veranstalten am Sonntag,  
den 11. Juli einen  
**Familien-Festtag nach Pilsnitz.**  
Abm. nachm. 8 1/2 Uhr vom Treffpunkt Belpark.  
Um 10 Uhr Besichtigung wird geben.  
Für Fortsetzung u. Fortbestimmung ist gesorgt.

### Versammlungskalender der U.S.P.D. Breslau.

Donnerstag	
den 8. Juli 1920 abends 7 1/2 Uhr:	
Distrikt 2	Weiße Obis (Wakow)
3	Rosenstraße 27, Eder Schwaben
4	Görlitzerstr. 21 (Abteilung 7)
5	Klosterstr. 85 (Sollach)
6	Lehmgrabenstr. 93 (Präger)
7a	Gräßlicher Str. 259 (Sauer)
8	Reudorferstr. 84 (Gempke)
10	Pöpelwitzstr. 31 (Stahl)
12	Matthiasstr. Ecke Adlerstr.
14	Weinstr. 22 (Eisenhütte), Schmidt
Freitag	
den 9. Juli abends 7 1/2 Uhr:	
Distrikt 1	Wallstr. (Waldschlucht)
2a	Ketschkauerstr. 16 (Kontschka)
7	Lewaldstr. 16
9	Leuthestr. 12/14 (Scholz)
9a	Berliner Straße 37 bei Rittig

**Achtung. Distrikt 12.**  
Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
**Distriktsversammlung**  
Referent: Genosse Eckert.  
Alle Genossen, welche im Distrikt Andreeustraße-  
Nikolaifladgraben einerseits, Friedrich-Wilhelm-Strasse-  
Langgasse andererseits wohnen, gehören zu Distrikt 12.

**Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr**  
**Betriebsräteversammlung**  
im Blauen Schiff, Gartenstr. 19.  
Höflich.

**Elternbeiräte der U.S.P.D.**  
Zusammenkunft  
Dienstag, den 6. Juli, 7 1/2 Uhr abends  
im Parteilokal.  
Solltägliches Erscheinen unbedingt notwendig.  
Ortsrat Breslau.  
Pietsch.

Jahrgang 4 Soeben erschienen Heft 8  
**DAS FORUM**  
Herausgegeben von Wilke Herrzog  
DAS FORUM IST DAS  
ORGAN DER AVANTGARDE  
DES REVOLUTIONÄREN  
SOZIALISMUS  
★  
Preis des Heftes Mark 4.—  
Erhältlich in allen Buchhandlungen.  
Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam

**Konsum- und Sparverein „Vorwärts“.**  
**Die Rückgabe der Rückvergütungsmarken**  
hat bis 15. Juli in den Verkaufsstellen zu erfolgen.  
Jedes Mitglied erhält vom Lagerhalter eine dem Wert der eingelieferten Rück-  
vergütungsmarken entsprechende Quittung. Diese Quittung ist sorgfältig aufzubewahren.  
Die Auszahlung der Rückvergütung erfolgt nur gegen Rückgabe der Quittung.  
Nach dem 15. Juli können keine Rückvergütungsmarken entgegengenommen werden.  
Rückabgabezeit sind als verfallen zu betrachten. Die Verwaltung.